

Ein Gewissen für den Algorithmus



Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern unser Leben in einem rasanten Tempo. Dafür braucht es Regeln, fordern Verfechter eines DIGITALEN HUMANISMUS. Ihre Warnung: Steuern wir nicht gegen, gehen Europas Werte verloren.

Wahlloser Einsatz von Programmen zur Gesichtserkennung und Überwachung, künstliche Intelligenz, die über Jobbewerbungen oder die Vergabe von Krediten entscheidet, Social-Media-Plattformen, die Hasspostings belohnen – die Digitalisierung hat viele Gesichter. Die Beispiele aber zeigen, dass nicht alle freundlich sind. Der Einsatz dieser Technologien hat Konsequenzen.

„Wir müssen bei aller Digitalisierungsbegeisterung aufpassen, dass das Menschliche im Vordergrund bleibt“, warnt Georg Krause, Österreich-Chef des IT-Dienstleisters msg Plaut. Ausgerechnet ein Technikbegeisterter will die Technik bremsen? „Nein“, sagt Krause, „aber wir brauchen einen Rahmen für den Einsatz digitaler Tools und von KI, die unseren europäischen Werten entsprechen.“

Auch Roland Ledinger, Chef des Bundesrechenzentrums, das Projekte wie

zuletzt den digitalen Führerschein für die öffentliche Verwaltung entwickelt hat, denkt bei der Digitalisierung nicht nur an die enormen Möglichkeiten, sondern auch an Transparenz, Zugänglichkeit, Datenschutz und Datensicherheit. Eine Konsequenz daraus: „Beim Einsatz generativer KI, die selbstständig Texte erstellt und wo weder Quellen noch Algorithmen bekannt sind, sind wir eher zurückhaltend, weil es eben meist noch an dieser Transparenz mangelt“, so Ledinger. Grundsätzlich gilt für ihn: „Unsere Services müssen den Menschen dienen, nicht umgekehrt.“

WACHSENDES UNBEHAGEN. Was Experten wie Georg Krause und Roland Ledinger da formulieren, trifft das Unbehagen vieler Menschen gegenüber Digitalisierung und KI: Prozessen ausgeliefert zu sein, die ein geheimnisvolles Eigenleben führen und deren Ergebnisse man mehr oder weniger hilflos ausgeliefert ist. Mittlerweile haben sich aus

diesem Unbehagen konkrete Initiativen für einen „digitalen Humanismus“ entwickelt – und sie gewinnen an Bedeutung. Der Geist ist aus der Flasche und soll jetzt wieder eingefangen werden.

„Digitalisierung und KI bringen unbestritten große Vorteile“, sagt der Anwalt und Vergaberechtspezialist Martin Schiefer, „diese Vorteile beruflich zu nutzen und privat zu genießen, ist absolut richtig. Aber genauso ist es notwendig, Grenzen zu definieren.“

„Digitaler Humanismus bedeutet, die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht nur unter wirtschaftlichen oder technologischen Aspekten zu betrachten, sondern auch darauf zu achten, dass sie zum Wohle aller eingesetzt wird“, sagt Georg Krause. Ein zentraler Punkt für den msg-Plaut-CEO: „Entscheidungen, die das Leben eines Menschen wesentlich betreffen, darf niemals der Computer oder ein Algorithmus alleine treffen.“

WIE BEIM TASCHENRECHNER. Ganz ähnlich sieht das BRZ-Chef Ledinger: „Wie ein Taschenrechner oder ein Excel-Sheet liefern Algorithmen nur Ergebnisse. Ob diese plausibel sind und was daraus folgt, muss immer ein Mensch entscheiden. Aber er muss auch die Kompetenz dafür haben.“

Im vergangenen Mai wurde an der Informatik-Fakultät der TU Wien ein von der UNESCO unterstützter Lehrstuhl für „Digitalen Humanismus“



„Anhand eines Ethik-Prüfkatalogs können wir Kunden frühzeitig auf mögliche Risiken hinweisen.“

ROLAND LEDINGER
BUNDESRECHENZENTRUM



„Kämpfen wir nicht um einen digitalen Humanismus, verlieren wir alles, was Europa stark macht.“

NIKI POPPER
SIMULATIONSFORSCHER

„Müssen aufpassen, dass bei der Digitalisierung das Menschliche im Vordergrund bleibt.“

GEORG KRAUSE
MSG PLAUT

► eingerichtet. „Technologien wie künstliche Intelligenz sind auf dem Vormarsch und beeinflussen unseren Alltag schon jetzt in vielen Bereichen“, so TU-Rektorin Sabine Seidler bei der Präsentation. „Wir müssen sicherstellen, dass diese technologiegetriebenen Veränderungen mit gesellschaftlichen Spielregeln und Werten kompatibel sind.“

Der Ansatz einer digitalen Ethik geht dabei weit über technische Fragen der Datensicherheit hinaus. „Digitaler Humanismus ist ein demokratiepolitisches Thema, denn gefälschte Daten verschmutzen die Demokratie“, betont Anwalt und Vergaberechtspezialist Martin Schiefer. Seine Begründung: „Wenn man sich bei den sozialen Medien nie sicher sein kann, ob die Fakten echt sind oder von russischen oder chinesischen Trollen und Fake-Accounts kommen, ist das ein ernstes Thema. Denn eine sichere Demokratie braucht verlässliche Daten. Alles andere untergräbt das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und destabilisiert unsere Demokratie. Deshalb sind Initiativen für einen digitalen Humanismus und Diskussionen über digitale Ethik enorm wichtig“ (siehe Interview rechts).

GLAUBWÜRDIGKEIT ZÄHLT. Das Gegenrezept ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Daten, das heißt Vertrauen durch Transparenz und Glaubwürdigkeit. Das weiß auch einer, der von Daten und der Akzeptanz seiner Modelle lebt, der Simulationsforscher Niki Popper von der TU Wien. „Digitaler Humanismus verlangt auch Glaubwürdigkeit von Daten, Rechenmodellen und der Kommunikation der Ergebnisse“, sagt Popper.

Glaubwürdigkeit der Daten bedeutet: offenlegen, wem die Daten gehören, wie gut und vollständig sie sind. Glaubwürdigkeit der Modelle verlangt die Transparenz der Methodik und deren Nachvollziehbarkeit. Und drittens: „Die Ergebnisse müssen allen zur Verfügung stehen, und es muss offen über die Konsequenzen der Ergebnisse diskutiert werden“, so



Popper. Denn: „Daten stellen nur Zusammenhänge her, sie treffen keine Schlussfolgerungen.“

FACEBOOK ODER ELGA? Mehr Transparenz bei Daten, strengere Rahmenbedingungen für soziale Medien - das klingt alles gut. Aber wie kann das in einem Land wie Österreich funktionieren, in dem viele Menschen bedenkenlos ihre Daten Facebook anvertrauen, aber starke Vorbehalte gegenüber der Gesundheitsplattform ELGA haben?

Die Verfechter eines digitalen Humanismus sehen das nicht so skeptisch. „Es bedarf gesetzlicher Rahmenbedingungen wie etwa dem Digital Service Act der EU“, sagt Georg Krause, „und auf Unternehmensebene müssen sich Betriebe ähnlich wie bei ESG zu ihrer Verantwortung bekennen und zur Einhaltung gewisser Standards verpflichten.“

Auch Martin Schiefer betont: „Digitale Unternehmen haben Verantwortung, europäische Werte zu verteidigen. Und das müssen wir auch einfordern.“

Das sind keine abstrakten Forderungen. msg Plaut erstellt gerade einen Ethikleitfaden für Digitalprojekte. Dabei geht es nicht nur um Aspekte des Datenschutzes, sondern etwa auch um die Frage, ob für das konkrete Projekt wirklich diese Menge an Daten abgefragt werden muss. Gibt es Zweifel, entscheidet ein Ethikboard, ob Plaut weitermacht oder lieber aus dem Projekt aussteigt.

Das Bundesrechenzentrum checkt Projekte bereits anhand eines eigens er-

stellten Prüfkatalogs mit 70 Kriterien. Dazu gehören unter anderem der Schutz der Privatsphäre, die Seriosität der Datenbasis und die Transparenz der verwendeten Algorithmen. „Wir brechen diese Designprinzipien ja bis auf die einzelnen Codezeilen herunter, und da sind gewisse Standards notwendig“, sagt BRZ-Chef Roland Ledinger, „außerdem können wir auf dieser Basis unsere Auftraggeber auf Unsicherheiten und Risiken hinweisen.“

Und der Vorwurf, Europa würde sich mit dem Pochen auf einen digitalen Humanismus wieder einmal selbst fesseln und Innovationen behindern, während dagegen in den USA und China praktisch alles erlaubt ist? „Technologisch haben wir den Anschluss schon verloren“, entgegnet Georg Krause, „aber Europas Stärke ist die Entwicklung von Geschäftsmodellen, die nachhaltig sind und nicht irgendwann implodieren, weil die Menschen das nicht mehr mitmachen wollen.“

Für Rechtsanwalt Schiefer hat das Thema politische Sprengkraft: „Wir müssen Standards formulieren und speziell die Anbieter von Social-Media-Plattformen zu ethischem Handeln verpflichten, wenn wir zum Beispiel die Manipulation von Wahlen über diese Kanäle stoppen wollen.“

Auch Wissenschaftler Popper fordert Konsequenz: „Wenn wir diesen Kampf um einen digitalen Humanismus nicht führen, verlieren wir alles, was Europa stark macht.“

„GEFÄLSCHTE DATEN VERSCHMUTZEN DIE DEMOKRATIE“

Eine stabile Demokratie braucht verlässliche Daten und Vertrauen in die staatlichen Institutionen, sagt Rechtsanwalt **MARTIN SCHIEFER**. Und fordert ethische Standards für die großen Plattform-Betreiber.

TREND: Täuscht der Eindruck oder verfliegt die Euphorie bezüglich Digitalisierung, weil die Überflutung mit Fake News gerade die Oberhand gewinnt?
MARTIN SCHIEFER: Die Digitalisierung bringt viele Vorteile, und diese beruflich zu nutzen und privat zu genießen, ist absolut richtig. Aber genauso ist es notwendig, Grenzen zu definieren.

Das klingt nach Technikfeindlichkeit und europäischer Regulierungswut. Nein, überhaupt nicht. Aber dass man sich bei sozialen Medien wie X oder Facebook nie sicher sein kann, ob die Fakten echt sind oder von russischen oder chinesischen Trollen und Fake Accounts kommen. Das ist schon ein ernstes Thema. Denn eine sichere Demokratie braucht verlässliche Daten. Alles andere untergräbt das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und destabilisiert unsere Demokratie. Deshalb sind Initiativen für einen digitalen Humanismus und Diskussionen über digitale Ethik enorm wichtig.

Geht es dabei in erster Linie um Datensicherheit? Daten und ihre Übermittlung müssen sicher sein, das ist eine Grundvoraussetzung. Aber digitaler Humanismus ist kein Technikthema, sondern ein demokratiepolitisches. Gefälschte Daten verschmutzen die Demokratie. Und wenn wir unsere Demokratie verteidigen wollen, müssen wir reagieren und Schutzmaßnahmen setzen. Wir leben in Europa in dem Glauben, dass unser demokratischer Rechtsstaat ein weltweit gelebtes Modell ist. Aber das ist ein Irrtum. Schauen Sie sich doch an, was in der Welt derzeit geschieht, wie Despoten und autoritäre Systeme an Popularität gewinnen. Nein, unser Modell einer Demokratie ist herausragend. Und wir sollten alles tun, um es zu verteidigen.

Wie kann das gelingen? Digitale Unternehmen haben Verantwortung, europäische Werte zu verteidigen. Und das müssen wir auch einfordern. Wir müssen Standards formulieren und speziell die Anbieter von Social-Media-Plattformen zu ethischem Handeln verpflichten, wenn wir zum Beispiel die Manipulation von Wahlen über diese Kanäle stoppen wollen. Aber es geht auch darum, unsere Wirtschaftsbeziehungen kritisch zu hinterfragen. Wir fürchten uns vor Cyberattacken, kaufen aber völlig naiv medizinische Geräte von chinesischen Herstellern und ignorieren die Tatsache, dass andere Staaten techni-

sche Infrastruktur nutzen, um unsere Demokratie zu destabilisieren.

Bedeutet: Wir brauchen mehr Regularien? In den USA ist es schon so, dass viele Menschen Unternehmen mehr vertrauen als dem Staat. Bei uns ist es noch umgekehrt, und das ist wichtig, weil Vertrauen in den Staat und seine Institutionen eine Basis unserer Demokratie darstellt. Der Digital Service Act der EU ist ein wichtiges Instrument. Ähnlich ist es mit NIS 2, der neuen EU-Richtlinie zur Cybersicherheit. Man kann sie in manchen Aspekten kritisch sehen, aber grundsätzlich wird hier Verantwortung der Entscheider eingefordert, und das ist richtig.

Umgekehrt gibt es immer wieder Kritik an einer Überregulierung in Europa, die Innovationen verhindert. Zu behaupten, ethisches Handeln verhindere Innovationen, ist ein Unsinn und wird gerne als Killer-Argument verwendet. Um innovativ zu sein, muss ein Unternehmen keine Kinder ausbeuten und keine Daten missbräuchlich verwenden. Nehmen wir das Beispiel Glücksspiel: Kinder zu schützen, ist für uns ein wichtiger Wert. Deshalb gibt es entsprechende Gesetze zum Spielerschutz. Verhindern diese Innovationen? Sicher nicht.

Verschärfen die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz das Problem? Ich sehe KI und deren Einsatzmöglichkeiten positiv, aber man darf die Gefahren nicht vertuschen, sondern muss offen darüber reden. Niemand würde ein Atomkraftwerk bauen ohne entsprechende Kühlsysteme. Und das hat nichts mit Technikfeindlichkeit zu tun, sondern mit Verantwortungsbewusstsein. Und genau darum geht es auch beim digitalen Humanismus: mit den Möglichkeiten der Digitalisierung verantwortungsvoll umzugehen.



ZUR PERSON: MARTIN SCHIEFER, 52, ist Gründer der auf Vergaberecht spezialisierten Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte mit rund 50 Mitarbeitenden an sieben Standorten in Österreich. Er macht sich regelmäßig Gedanken über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen